

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Mus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post u. den Agenten des Landesvertriebs, 12 M., 90 Pf., in Württemberg 12 M., 45 Pf. Einzelheftpreis: Die 11seitige Beilage über deren Raum 60 Pf., die Wochenbeilage 1 M., 80 Pf., Württembergischer Anzeiger der Zeitung folgende Preise: Einzelheft 2 M., bei Abonnement 10 M., bei Postumsendung 12 M. bei Abonnement 10 M.

Nr. 205.

Altensteig, Samstag den 3. September.

Jahrgang 1921.

Zur Lage.

Noch steht alles unter dem Eindruck der Bluttat vom Kniebis, der der frühere Reichsfinanzminister, Reichstagsabg. Matthias Erzberger in der Mittagspause des 26. August zum Opfer gefallen ist, während sein Parteifreund, Reichstagsabg. Diez aus Koblentz, schwer, wenn auch glücklicherweise nicht gefährlich verletzt wurde. Ueber die Untat schreibt noch ein völliges Dunkel. Die beiden Täter sollen, der eine ein großer Mörder, der andere ein kleiner schwarzer Mann im Alter von 25-30 Jahren gewesen sein. Solche Leute gibt es aber eine große Menge und die weiteren Angaben von Personen, die die Mörder kurz nach der Tat gesehen haben wollten, haben sich fast durchweg als unbrauchbar für die Verfolgung erwiesen.

Ueber die Tat selbst herrscht in Deutschland wohl nur eine Stimme der schärfsten Beurteilung. Bis jetzt spricht alles dafür — wenigstens sind stichhaltige Gegenstände noch nicht bekannt — daß politische Beweggründe dahinter stecken. Dann aber war die Tat nicht nur ein Verbrechen, denn Nord bleibt Nord, sondern auch eine grenzenlose Dummheit. Sollte etwa verhindert werden, daß Erzberger wieder Reichsfinanzminister oder gar Reichspräsident werde, oder daß er wieder den maßgebenden Einfluß in der Reichspolitik mit seinen stark nach links gerichteten Bestrebungen zurückgewinne? Reichstagsabg. Birly hat am Grab Erzbergers bezeugt, daß dieser selbst sich mit keinerlei solchen Absichten getragen habe. Die Zentrumspartei, innerhalb deren allerdings über Erzberger eine starke Meinungsverschiedenheit bestanden hatte, ist jetzt einiger denn je. Der 61. Katholikentag in Frankfurt hat das gezeigt. Auch die Regierungskoalition im Reich dürfte an Festigkeit zugenommen und vielleicht eine Verschiebung des Schwerpunkts weiter nach links erfahren haben, worauf die Verhandlung zwischen den beiden bisher feindlichen sozialistischen Parteien, Reichheits- und Unabhängige Sozialdemokratie, hinweist in der allgemeinen Kundgebung für den Kampf gegen die Reaktion und zum Schutz der Republik, die am Nachmittag des 31. August von der sozialistischen Arbeiterschaft aller größeren Industriekreise Deutschlands veranstaltet wurde.

Dazu kommt, daß die Reichsregierung sofort nach der Mordtat Ausnahmeverordnungen von nie gekannter Schärfe erlassen hat. Die Abhaltung verbotener Versammlungen, das Sprechen davor und die bloße Beteiligung, die Herausgabe und Verbreitung verbotener Druckschriften usw. sollen mit Geldstrafen bis zu 500 000 Mark und Gefängnis belegt werden. Solche Strafen treffen auch diejenigen, die die verfassungsmäßigen Organe und die Einrichtungen der Republik in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise verächtlich machen. Als solche Organe sind nach amtlicher Auslegung nicht nur die Beamten des Staats, sondern alle Leute anzusehen, die glauben, in irgendeiner Weise für die Republik eintreten zu müssen. Das Tragen von Uniformen ohne besondere Erlaubnis wird der hohen Strafen verboten. Zugleich wurden ohne bestimmte Veranlassung, auf Grund ihrer früheren Richtung, 10 rechtsprechende Zeitungen, darunter drei süddeutsche, auf 14 Tage verboten. Namens der Reichsregierung erklärte ein Vertreter ausdrücklich, daß die Verordnungen speziell gegen die Rechte gerichtet seien. Das ist also der „Erfolg“ der Mordtat, das Gegenstück dessen, was vielleicht von den Mördern erreicht werden wollte, wenn sie aus politischen Absichten gehandelt haben sollten.

Es ist begreiflich, daß die Ausnahmeverordnungen eine sehr geteilte Aufnahme finden. Den Individualisten gehen sie nicht weit genug, die Rechtsparteien sind empört, daß die Reichsregierung ihnen die Verletzung der Verfassung zuschreibt, während sie andererseits die Ausführenden von Mitteldeutschland begnadigt und den Ausnahmezustand in dem Gebiet des Osterreichs gleichzeitig mit dem Erlaß der Ausnahmeverordnungen gegen die Rechte aufhebt. Besonders fällt sich Bayern verlegt, von dem gleichfalls, wie es heißt, die Aufhebung des dortigen Ausnahmezustands verlangt wurde; nötigenfalls werde die Reichsregierung die Aufhebung verfügen. Die bayerische Regierung erhob in Berlin Widerspruch gegen alle Ausnahmeverordnungen, die bürgerlichen Parteien (einschließlich Zentrum (Bayer. Volkspartei) und die ganze bürgerliche Presse unterstützen den Widerstand gegen Berlin; die Bundesstaaten dürfen sich ver-

fassungsbedingte Übergriffe der Reichsregierung in die Verwaltungs- und Justizhoheit nicht gefallen lassen, sonst sei es um ihre Selbständigkeit überhaupt geschehen. Da ist nun also der bekannte Gegenfall wieder da, zu einer Zeit, wo man alles eher brauchen könnte als Zwist im Innern. Es ist noch nicht abzusehen, wie die Sache abläuft, denn es handelt sich diesmal nicht um Dinge wie Entwaffnung usw., wo die Entente ein Rechtswort sprechen kann, sondern um rein innerdeutsche Angelegenheiten.

Zwischen hat sich das Grab über Erzberger geschlossen. Er ist am 31. August in Biberach mit jüdischen Ehren zur letzten Ruhe bestattet worden. Reichskanzler Biehl hielt am Grab eine Ansprache, die wegen ihrer schneidenden Schärfe gegen die Rechtsparteien Aufsehen erregte. Es war eine Kampfansage bis zum Neujahr. Die ganze Erbitterung über den freolen Nord und der Schmerz über den verlorenen Freund zitterten in den Worten des Reichskanzlers nach. Das ist menschlich zu verstehen. Die Zeit wird aber auch hier ihre mildernde Wirkung ausüben.

Am 27. August, spät abends, ist in Wiesbaden das deutsch-französische Abkommen über die Sachleistungen von den Ministern Rathenau und Loucheur mit vorläufiger Gültigkeit unterzeichnet worden. Wie zu erwarten war, hat der Verhandlungspunkt Frankreichs wieder abgelehnt und Herr Loucheur hat die Bäderstadt „sehr bedrückt“ verlassen. Nach dem Abkommen, das noch der Bestätigung der beiderseitigen Regierungen und der Wiedererkennungskommission unterliegt, darf Deutschland bis 1. Mai 1926 Sachleistungen im Wert bis zu 7 Milliarden Goldmark auf Anforderung Frankreichs machen, ungefähr so viel, als der Anteil Frankreichs an den Kriegsschadensersatzleistungen in diesem Zeitraum beträgt, nämlich 52 Prozent von den Jahreszahlungen von 3 Milliarden Goldmark, also ungefähr 1 1/2 Milliarden Goldmark jährlich. Da es aber Frankreich nicht allein auf die Sachleistungen ankommt, so will es offenbar bis 1926 nur 1 Milliarde jährlich dafür in Anrechnung bringen und den Rest auf die späteren Jahreszahlungen anrechnen lassen, was bedeutet, daß Deutschland noch über die im Londoner Ultimatum festgesetzten Jahresleistungen hinaus 5 Jahre lang für 1/2 Milliarde jährlich Sachleistungen liefern muß, wenn Frankreich es fordert. Die Summen werden aber Deutschland nur angerechnet, nicht ausbezahlt, vielmehr hat das Reich die liefernden deutschen Firmen zu bezahlen. Deutschland darf auch nur für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefern. Die deutsche Ausführindustrie wird also auf ein ganz bestimmtes Sondergebiet festgelegt, während in den fünf Jahren — so rechnet Herr Loucheur — die französische Industrie sich ungehindert der bisherigen deutschen Absatzmärkte bemächtigen kann. Die Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Frankreich hat Loucheur abgelehnt. Als kleinen Erfolg hat Loucheur etwas an den Viehlieferungen nachgelassen. Wie England, Amerika, Italien und Spanien sich nun dazu stellen werden, daß an die Stelle des eben glücklich überwundenen deutschen Wettbewerbs der französische treten soll, das ist eine andere Frage. Zunächst hat Deutschland die Sachleistungen auszuführen; wie die Verbündeten dann unter sich zu Streitigkeiten kommen, das ist ihre Sache. Wirtschaftstragen entwickeln sich nach ihren eigenen Gesetzen, sie lassen sich nicht von einer Amtsstube aus formen.

Der deutsch-amerikanische „Frieden“ in der Form noch geschlossen und man hat das wenigstens durch Kürze und Richtigkeit sich anzeichnende Schriftstück nunmehr kennen gelernt. Von Rechts wegen hätte der Frieden gemäß den 14 Punkten Wilsons und der bekannten Note des Staatssekretärs Lansing vom 6. November 1918 geschlossen werden müssen, auf Grund deren der Weltkrieg beendet wurde. Die amerikanische Regierung hat damals ihr Wort dafür versprochen. Aber davon war jetzt gar keine Rede mehr. Der Friedensvertrag ist völlig einseitig. Amerika nimmt sich alle Rechte vorweg, die sich aus dem Vertrag von Versailles herleiten lassen, ohne eine einzige Verpflichtung zu übernehmen. Ausgelassen ist nur der jamose Völkerverbund und die verabschiedeten Gebietsveränderungen auf Kosten Deutschlands, die Amerika teils gleichgültig, teils unerträglich sind, wie diejenigen in Ostasien und im Zillen Weimarer. Die von Deutschland gewünschte Anerkennung einer internationalen Regelung des achtstündigen Arbeitstages usw. hat Amerika rundweg abgelehnt.

Das deutsche Privateigentum bleibt solange verschlagnahat, bis Deutschland die amerikanischen Entschädigungsansprüche bedrückt hat. Die Grundfrage des Amerika-Friedens ist somit durchaus der Friede von Versailles und er ruht ebenso auf dem einst künstlich erzeugten Kriegsschiff. Wie schwer die planmäßige Vergütung einer Volkseele zu überwinden ist, das haben wir ja an anderen Beispielen erfahren. Eine Seuche, die so tief getroffen hat wie das Ungewert Notleidendes in Amerika, läßt sich nicht von heute auf morgen heilen. Wir müssen aber der Zeit vertrauen. In der Menschheit erst einmal der Wahn von der Schuld Deutschlands genommen, dann wird auch Amerika aus seiner Betäubung erwachen und dann wird vielleicht nachgeholt werden können, was heute noch unerreichbar ist. Amerika empfindet am eigenen Leib, was es heißt, wirtschaftlich vereinsamt zu sein; es ersüßt im eigenen Fett und in dem Geld, das ihm von allen Weltenden zufließt — und dabei hat es 5 Millionen Arbeitslose. Was den Politikern und Diplomaten nicht gelang, wird den Wirtschaftlern gelingen. Der Krieg war ein Wirtschaftskrieg, hat Wilson einmal in einer schwachen Stunde bemerkt. Und der Friede wird daher ein Wirtschaftsfriede sein.

Neues vom Tage.

Aufruf an die württ. Landwirte.

Stuttgart, 2. Sept. Die Württ. Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaftliche Hauptverband Württembergs, der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg und der Schwäbische Bauernverein erlassen folgenden Aufruf: An unsere landwirtschaftlichen Berufsgenossen. Nachdem die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis auf wenige Reste aufgehoben ist, besteht in weiten Kreisen der Verbraucher die Befürchtung, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel, namentlich für Getreide, Kartoffeln und Obst, übermäßig in die Höhe gehen könnten. Wenn von einzelnen Fällen berichtet wird, in denen sehr hohe Preise für landwirtschaftliche Produkte bezahlt werden, so muß betont werden, daß solche Preissteigerungen in der Hauptsache durch die Käufer selbst, Händler und Verbraucher verursacht sind, die in Spekulationsabsicht oder in der Angst um die Eindeckung ihres notwendigen Bedarfs bereit sind, übermäßige Preise für landwirtschaftliche Produkte zu bezahlen. Durch ein solches Vorgehen werden diejenigen Verbraucherkreise, die nicht über dieselben finanziellen Mittel verfügen, in eine begreifliche Unruhe und Sorge um die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel veretzt. Wir richten daher, nicht allein im Interesse der Landwirtschaft selbst, an unsere Berufsgenossen die dringende Bitte, mit der Preisbemessung für landwirtschaftliche Produkte nicht über den Rahmen hinauszugehen, der nach den Preisnotierungen des Großhandels auf Börsen und Märkten als angemessen erscheint. Ferner sollte bei dem Abkauf der Erzeugnisse möglichst darauf Bedacht genommen werden, daß in erster Linie der Bedarf der württ. Bevölkerung gedeckt wird.

Von Ueberwachungsaußschuß.

Berlin, 2. Sept. Heute beschäftigte sich der 8. Ausschuß des Reichstags der sogenannte Ueberwachungsaußschuß mit der Frage des Ausnahmezustands in Bayern. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Meerfeld (Soz.) wies darauf hin, daß der Ueberwachungsaußschuß angerufen werden müsse, sobald mindestens 2 Mitglieder die Berufung beantragen. Das sei durch die unabhängigen Abgeordneten Dittmann und Dr. Rosenfeld geschehen. Eingeladen seien der Reichskanzler, der Reichsminister der Justiz und der Reichsminister des Innern, die auch anwesend seien. Abg. Dittmann (U.S.) begründete alsdann ausführlich seinen Antrag betreffend die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Ausschreitungen bei der Kundgebung.

Speyer, 2. Sept. Bei der Kundgebung am Mittwoch drang eine Anzahl Leute in das Regierungsgebäude ein, wobei es zu Bedrohungen und Tätlichkeiten gegenüber einigen Beamten kam. Sie zogen von Zimmer zu Zimmer und warfen die dort befindlichen Abnigbilder und -Bänke auf die Straße.

Abbruch der bayerischen Wandervers.

München, 2. Sept. Die Randver der Münchner Garnison auf dem Truppenübungsplatz Grafenwörth sind vorzeitig abgebrochen worden, anscheinend mit Rücksicht auf die innere Lage in München. (Würt. Ztg.)

Verbotene Kundgebung.

Cyprien, 2. Sept. Die beabsichtigte Straßenkundgebung der Sozialisten und Kommunisten ist durch die Verbandskommission verboten worden. Die Aufhebung des Besatzungszustands für das Industriegebiet wurde um einige Tage verschoben.

Deutschnationaler Parteitag.

München, 2. Sept. Der dritte Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei wurde gestern vormittag im großen Saal des Abendsbräuellers in Anwesenheit von über 4000 Personen eröffnet. Erschienen waren auch Vertreter der Bruderparteien aus Oesterreich, Tirol, der Tschechoslowakei, aus Danzig und dem Saargebiet. Der Vorsitzende, der frühere preussische Finanzminister Hertel, eröffnete die Hauptversammlung. Er wies für seine Partei jede Verantwortung für das Verbrechen an Erzberger zurück. Die Partei werde den angebotenen Kampf mit den sozialistischen Parteien und der Demokratie annehmen und ihn mit allen geschlossenen und parlamentarischen Mitteln durchführen und nicht in der Verteidigung bleiben, sondern zum Angriff vorgehen, ohne sich zu Unbesonnenheiten neigen zu lassen. Man hoffe, durch Ueberrumpfung eine ganze Nation gegen die Rechtsstehenden in Harnisch bringen zu können. Das werde nicht gelingen. Das Vorgehen der Gegner sei eine Dummheit und eine Blamage. Der Vorsitzende der Landespartei Hilbert übte an am der Reichsverfassung Kritik.

In der Nachmittagsversammlung erklärte Professor Dr. Spahn, der Sohn des langjährigen Zentrumsführers, daß die Ereignisse der letzten Tage ihn dazu geführt haben, aus der Zentrumspartei auszutreten und der Deutschnationalen Volkspartei beizutreten. Auf Vorschlag des Staatsministers a. D. Wallraf-Köln wurde einstimmig eine Entschuldigungsangewand, in der die Parteileitung und die Reichstagsfraktion ersucht werden, unangeführt auf eine Klärung der Frage der Schuld am Weltkrieg zu drängen. Weiter sprachen Abg. Behrens, Staatsminister a. D. Helfferich, Prof. Fiesche-Breslau und Reichstagsabg. Graf Reharp.

Sittenverrohung.

Berlin, 2. Sept. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet, der Reichsarbeitsminister Bauer und Oberbürgermeister Scheidemann, die sich in Bad Rissingen aufhielten, seien dort von deutschnationaler Seite in unflätigster Weise beschimpft worden. Scheidemann erhalte täglich Drohbriefe, an einem Tag seien 79 aus den verschiedensten Landesteilen eingegangen.

Deutsche Finanzwirtschaft.

Es wird uns geschrieben:

Unser ganz trostloses Finanzjenseit (was leider unserem Volke systematisch verschleiert wird) oder vielmehr die Mißwirtschaft in unserem Finanzwesen beleuchtet Dr. Zidert im „Wirtsch. Ratgeber in sicher richtiger Weise. Er sagt u. a.: Wie ein Gewitterregen gehen die neuen Steuerentwürfe auf unser armes deutsches Volk nieder und das Ende ist nicht abzusehen. Finanzreform über Finanzreform waren schon da und die allergrößte soll jetzt kommen. Trotzdem waren alle Reformen keine Reformen. Wadts die Neue, Allergrößte? Er meint weiter: Eine richtige Finanzreform heißt unsere Marktwerte, bedinge aber, daß unsere Notenpresse stillgelegt werden müsse. Die Folge davon ist die wohl unausbleiblich ist D. Neb.) ist ein Wertsturz und eine harte Wirtschaftskrise. Unser Geldwesen und unsere Privatwirtschaft ist krank und führt nur ein Scheinleben. Je länger der Krankheitsprozeß der Aufblähung (scheinende Gewinne und Papiergeld) anhält, je größer und schlimmer wird die unausschießbare Katastrophe. Es ist bekannt, daß die gegenwärtige Gewinnkonjunktur lediglich durch die künstliche Geldschöpfung hervorgerufen wurde. Durch den Druck wirtschaftlich nicht gerechtfertigter Geldurkunden, um das Defizit der Staatskasse zu decken, ist andauernd künstliche Geldkraft geschaffen worden. Wenn diese künstliche Geldschöpfung und die finanzielle Mißwirtschaft aufhört (und sie muß endlich aufhören D. N.) dann fehlt selbstverständlich die bis jetzt regelmäßig zufließende künstliche Kaufkraft an der Wirtschaft der sie sich angepaßt hat. Die Folgen werden sein: Produktionsbeschränkungen, Preisermäßigungen und Betriebs-einstellungen. Ueber den Gang dieser Entwicklung von der jetzigen Hochkonjunktur zur Krise und zum Normalzustand kann kein Zweifel bestehen. Wann die Hochkonjunktur, deren Ursache die Notenpresse ist, abbricht, ist eine Frage.

Herr Dr. Zidert glaubt, daß die gewaltige Sturzflut der neuen Steuern dieses Ergebnis noch nicht haben wird. Je schärfer die Steuern sind, desto geringeren Ertrag haben sie nach alter Erfahrung. Woran Deutschland krankt, ist sicher nicht die geringe Höhe der Steuern, sondern die trostlose Mißwirtschaft des ganzen öffentlichen Organismus, die Verschwendung in den Betrieben und Ämtern und die Kripenwirtschaft in den Parteien. Ferner krankt Deutschland an den unerschließbaren Laffen, die ihm aus dem Fiskusverertrag und dem Ultimatum erwachsen und über deren Höhe und juchbare Schwere das deutsche Volk dauernd im Jertum gehalten wird. Wann endlich erwacht das deutsche Volk und jagt die Männer zum Teufel, aber ohne Pension, die unfähig sind, uns Rettung zu bringen, und die unser Volk in unverantwortlicher aber begreiflicher Weise täuschen?

J. Reiner.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 3. September 1921.

Wie hauffert wird. Aus Baihingen auf der Alb wird berichtet: Ein junger, mit einer Anzahl Rehen von Damen- und Herrenhosen in allen Farben besetzter Hauffierer bot einer Bauerstreu einen Abschnitt von 3 Meter zu einem Durcheinanzug mit hohen Worten um 450 Mk. zum Kauf an. Da der Ehemann nicht zu Hause war, konnte die Frau sich nicht erlauben, den Handel abzuschließen, obwohl sie Lust zeigte, den Stoff zu erwerben. Der immer dringlicher auftretende Verkäufer wollte dann die Ware um 400 Mk. ablassen, wenn ein Godel dazu gegeben werde. Da auch dieses Angebot kein Gehör finden konnte, wurde der Preis auf 350 Mark ohne Godel ermäßigt. Weil aber die Bauerstreu sich noch immer nicht entschließen konnte, zuzugreifen, wurde der Preis auf 330, 320 und 310 Mk. ermäßigt und ihr endlich, da sie sich noch nicht gefügig zeigte, der Stoff um 300 Mk. um den Hals geworfen. In diesem großen Augenblick kam der Einsender dazu und der Hauffierer verschwand.

Die Ausfuhr von Weinen. In den letzten Tagen ist die deutsche Verordnung über die Ausfuhr von nicht verschüttelten deutschen Weinen und deutschen Schaumweinen aus dem besetzten in das unbesetzte Deutschland in Kraft getreten. Die Ausfuhr ist seitens der Rheinlandskommission nur auf dem Bahnwege zugelassen. Personen französischer Nationalität oder Mitglieder der Rheinlandskommission sind von den Abgaben auf Wein befreit.

Bauernversammlungen. Am nächsten Sonntag veranstaltet der Würt. Bauern- und Weingärtnerbund am Enzsee für die Oberämter Welzheim und Badnang und für die Bezirke Tübingen und Reutlingen in Währingen, O.N. Tübingen, je einen Parteitag.

Vierpreiserhöhung. Der Würt. Brauereiverband hat die Bierpreise vom 1. Sept. ab erhöht und zwar für Bier in Fässern von 160 auf 200 Mk. das Dekoliter und den Ausschankpreis von 80 Pfg. auf 1 Mk. für das Dreizehntelmaß. Die Fünftelmaßflasche kostet nun 1.45 Mk. (bisher 1.20 Mk.), die Siebenzehntelmaßflasche 2 Mk. (1.65 Mk.). Die Preiserhöhung wurde begründet mit den sehr erheblichen Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Angestellten und der Verteuerung von Gerste und Hopfen.

Krankheitsbericht. In der 33. Jahreswoche, vom 14.—20. August, sind folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten innerhalb Württembergs gemeldet worden: Diphtherie 31 (tödlich 1), Genickstarre 2, Kindbettfieber 6, Lungen- und Kehlkopfentzündung 16 (31), Ruhr 6 (3), Scharlach 55, Unterleibstypus 7, Spinale Kinderlähmung 1, Infuenza 5.

Neuer Gütertarif. Vom 1. Oktober ab wird der bayerisch-württembergische Gütertarif neu angegeben. Neben Frachtermäßigungen treten auch Frachterhöhungen durch Errechnung teilweise erhöhter Stationsfrachtsätze für frische Fische in Wagenladungen und für frische Kutteln, ferner für Holzsägemehl zu Streuzwecken von und nach Ulm ein. Der neue Tarif ist von Mitte September durch die Güterstellen zu beziehen.

Calw, 2. Sept. (Fremdenaison und Milchpreiserhöhung.) Der Fremdenbesuch hat seine Höhe überschritten und ist stark im Abnehmen begriffen. Lieberzell, Leinach und andere Kurorte waren überfüllt; der Andrang war noch nie so stark wie heute. Das Karleben ist gegen früher bedeutend freier und teilweise spärlicher geworden. An der Rogold sah man viele Familien, die gemeinsam im Flusse badeten und in den Wäldern begegnete man halb angezogenen Leuten. Diese Kulturreiseleistungen sollen unangenehm aus und wirken einfühlend auf die biidere und einfache Schwartwälderbevölkerung. So gerne man den tatsächlich Erholung bedürftigen und kranken Menschen einen Aufenthalt im Bad u. in der stärkenden Wäld rüst gönnt, so mißmutig sieht man auf Leute, denen man das neue Progenium schon von weitem ansieht und die nach ihrer Kleidung und ihrem Auftreten ein richtiges Schlemmerleben führen. Der Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Zeit tritt auch bei den Familien immer greller hervor. Es ist klar, daß man gegen das Kurwesen überhaupt nicht aufstehen kann und will da viele Leute auf den Verdienst aus dem Fremdenbesuch angewiesen sind, nur gegen die Aufwüchse des Karlebens macht sich gegenwärtig ein starker Widerstand geltend. Die Kurfremden vertreten der einheimischen Bevölkerung die Lebensmittel. Es kommt den Fremden nicht darauf an, für das Str. Milch 4—6 Mk. zu bezahlen und dementsprechend auch den Preis für Butter zu beeinflussen. Die Milchlieferung ist im August für die Stadt ganz bedeutend zurückgegangen. Die Milchknappheit hat außer dem Futtermangel hauptsächlich ihren Grund im Fremdenwesen. Der Gemeinderat hat sich deshalb in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit der Milchfrage beschäftigt. Auf den Landorten ist eine große Bewegung zugunsten höherer Milchpreise eingetreten. Der seitliche Preis genügt nicht mehr, die Produzenten drohen mit vollständigen Entzug der Milch, wenn die Stadt keine höheren Preise bezahlt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß Pforzheim im Oberamt Rogold einen Preis von 2 Mk. für das Liter bezahlt. Die Stadt Pforzheim sucht auf alle Weise neue Versorgungsverträge abzuschließen und erhöht die Preise für die Milch. In letzter Zeit hat eine Genossenschaft von Pforzheim die Molkerei in Oberhaugheim aufgekauft und bezieht nun auch die Milch aus diesem Ort. Das Ernährungsministerium und die Landesversorgungsstelle für Milch sind machtlos. Der Gemeinderat hat deshalb die Ansicht ausgesprochen, es wäre besser, wenn die Milch ganz

freigegeben und die freie Versorgung wieder eingeführt werde; schlimmer könnten die Zustände auch nicht mehr werden. Die Stadt ist in einer sehr ernstigen Lage mit der Milchversorgung. Kurfremde und Pforzheim nehmen die Milch weg und treiben die Preise so in die Höhe, daß manche Leute auf den Genuss von Milch verzichten müssen. Der Gemeinderat sah sich in seiner Zwangslage veranlaßt, den Verkaufspreis für ein Liter Milch auf 2 Mark 60 Pfennig festzusetzen. Im Kollegium wurde sodann noch auf die mangelhafte Beschaffenheit des Mehls hingewiesen; während das Mehl Anfangs August von sehr guter Qualität gewesen sei, scheint jetzt die gleiche Kamalität wie früher einzutreten.

Oberndorf, 31. Aug. Unter Vürgerstift der Stadtgemeinde, die selbst für die umfangreichen Bauunternehmungen der hies. Baugenossenschaft mit einem Betrag von etwa 800 000 Mk. aufzukommen hat, soll noch einem Beschluß des Bezirksrats die Amtsversammlung der Genossenschaft ein Darlehen bis zu 300 000 Mk. gewährt. Die Summe soll gegen einen Zins von 4 Prozent auf 20 Jahre gegeben werden. Die Darlehen für jedes Haus nach der gemählten Form sind zu 68 000 Mk. berechnet. Da aus eigenen Mitteln Reichs- und Gemeindeanleihen 38 000 Mk. zur Verfügung stehen, sind für jedes Haus 30 000 Mk. aufzunehmen, weshalb um das Darlehen gebeten wurde. Die Baugenossenschaft hatte ein solches in der Höhe von 900 000 Mark verlangt.

Stuttgart, 2. Sept. (Stuttgarter Kirchentag.) Bei dem 2. Deutschen Evang. Kirchentag (11.—16. Sept. in Stuttgart), der den künftigen Bund der deutschen evang. Landeskirchen schaffen und die grundsätzliche Stellung der ev. Kirchen gegenüber dem religionslos gewordenen Staat klären soll, wird die würt. Landeskirche durch 14 Abgeordnete vertreten sein.

Wissenschaftlicher Kurs für Theologen. Vom 5.—10. September wird in Stuttgart im Fachbereichsvereinhaus von der Ev.-Kirchlichen Vereinigung ein Kurs für Theologen veranstaltet, bei dem außer einheimischen Theologen bekannte theologische Lehrer von deutschen Hochschulen über den Grundgedanken des christlichen Glaubens reden werden, die heute im Vordergrund der Erörterung stehen: Professor J. H. W. Leisig (über den Glauben an Christus als den Verführer), Prof. Mittel-Greifswald (über Jesus und Paulus), Prof. Stange-Göttingen (über den Zusammenhang der Religionsgeschichte). Nach den jährlich einlaufenden Meldungen zu schließen, wird der Kurs Beachtung finden.

Stuttgart, 2. Sept. (Gedächtnisfeier für Erzberger.) Am nächsten Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Knappensaal des Kunstgebäudes eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Reichsfinanzminister a. D. Erzberger statt unter Mitwirkung des Singchors des kath. Familienvereins Kajano. Die Gedächtnisrede hält Kaplan Schlichtharte, dem anschließend Justizminister Holz spricht über das Thema „Rückblick und Ausblick an der Bahre Erzbergers“. Am Montag früh 7 Uhr findet in der St. Gerhardskirche ein feierliches Requiem statt.

Stuttgart, 2. Sept. (Landesversammlung der Sozialdemokratie.) Die Sozialdemokratische Partei von Württemberg und Hohenzollern hält am 8. und 9. Oktober hier in der Lieberholle ihre ordentliche Landesversammlung.

Die Abstimmung in der Metallindustrie Württembergs. Das Ergebnis der Abstimmung in der würt. Metallindustrie über die Annahme oder Ablehnung der von den Arbeitgeberern gemachten Vorschläge bezüglich der Teuerungszulagen liegt jetzt vor. Es hat sich herausgestellt, daß eine für den Streik notwendige Mehrheit nicht vorhanden ist. Die Vorschläge der Arbeitgeberseite treten damit ab 16. August in Kraft.

Nach eine Demonstration. Am nächsten Sonntag, vormittags halb 11 Uhr, veranstalten die Kommunisten eine Massenkundgebung für Sowjetrußland auf dem Marktplatz.

Festgenommen. Der 25 Jahre alte Dienstknecht Karl Engelhardt von Reidenfels, O.N. Crailsheim, der am 23. August seinen Vater erschlug und betraubt hatte, ist in einer Briefschachtel in Cannstatt verhaftet worden.

Fleischpreise. Die Stuttgarter Fleischer-Zunft hat die Fleischpreise für Groß-Stuttgart vom 1. Sept. an wie folgt festgesetzt: Rindfleisch 1. Qual. 11 Mk., 2. Qual. 9—10 Mk., Kalbfleisch 5—8 Mk., Schweinefleisch 17 Mk., Kalbfleisch 12 Mk., Hammelfleisch 11 Mk., Schaffleisch 8 Mk.

Vom Bodensee, 2. Sept. (Verbotener Vortrag.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat der Reichsminister des Innern Gradnauer den in Konstanz angekündigten Vortrag des Admirals Scheer über die Reichsflotte am Staetral verboten.

Handel und Verkehr.

Fremdenstadt, 2. Sept. (Holzverkauf.) Bei den am 31. August stattgefundenen öffentlichen mündlichen Auktionsholzverkäufen der Waldinspektion Fremdenstadt wurden verkauft: 1924 Fm. Langholz 3i. und 2a. 803 L., 495 II., 383 III., 150 IV., 91 V. und 13 VI Klasse, 119 Fm. Sägholz 50 I., 45 II. und 24 III. Klasse. Gesamtaufgebot (Lang- und Sägholz) 272 976.50 Mk. Erlös 774 141 = 284 Prozent der Forstlöse.

Die Lage des Moskobstmarktes. Von der Firma Rob. Hallmayer in Stuttgart wird der „Schwöb. Landw.“ u. a. mitgeteilt, daß nach ihren Informationen in Frankreich eine so reiche Ernte an Moskobst zu erwarten ist, daß diese den gesamten Bedarf Deutschlands allein decken könnte. Es besteht deshalb infolge des großen Angebots noch keine Gefahr und keine Veranlassung zu vorsichtigen Einkäufen.



Gerabronn, 2. Sept. (Schweinemarkt.) Auch der zweite Schweinemarkt nahm einen sehr günstigen Verlauf. Zugeliefert wurden 110 Stück, die rasch zum Preise von 500-700 M. pro Paar abgesetzt wurden.

Mergentheim, 2. Sept. (Schweinemarkt.) Beim dritten Schweinemarkt wurden 317 Stück Milchschweine zugeführt. Die Preise bewegten sich zwischen 400-800 M.

Braunheim, 2. Sept. (Rindmarkt.) Der Rindmarkt war gut besetzt, auch fanden sich viele Kauflustige ein. Zugeliefert waren: 4 Färren, 2 Ochsen, 8 Kühe verkauft zum Preise von 5000-8500 M., 25 Kalbinnen zum Preise von 5000-9000 M., 30 Rinder zum Preise von 2400-3600 M., 50 jüngere Rinder von 1200-2200 M. Die Preise zehlen an.

Waldorf, 2. Sept. (Schweinemarkt.) Dem Schweinemarkt am Donnerstag wurden zugeführt: 22 Milchschweine. Verkauft wurden 42 Stück zum Preise von 355-630 M. pro Paar.

Ebingen, 2. Sept. (Rindmarkt.) Dem Rindmarkt wurden 120 Stück Rind aller Gattungen, sowie 25 Stück Milchschweine zugeführt. Der Handel war ziemlich lebhaft, hauptsächlich in Röhren. Die Preise schwanken bei Röhren zwischen 5500-10000 M. bei Kühen 4000-6000 M., Jungvieh 2000-3300 M., Milchschweine 500-750 M. das Paar. Es war allgemein eine Steigerung der Preise bemerkbar.

Vom Ries, 2. Sept. (Rindmarkt.) Dem letzten Rindmarkt in Riedlingen waren 604 Stück zugeführt. Nach den von der Marktcommission aufgestellten Notierungen sind die Preise wieder etwas in die Höhe gegangen. Die Preise bewegten sich zwischen 1500 und 3200 M. für 1 Stier zwischen 1975 und 3205 für 1 Kuh, 3900 M. für eine Kuh und 5320 M. für 1 Bullen. Da außergewöhnlich viele Handelsleute anwesend waren, war der Handel sehr lebhaft.

Obstmärkte. Auf dem Obstmarkt in Blumenden waren 45 Säcke Mostobst zugeführt, die um 50-60 M. für den Zentner abgesetzt wurden. Tafelbirnen wurden mit 60-80 M., Äpfel mit 80-100 M. der Zentner bezahlt. In Ellwangen kam ein Waggon einheimisches Mostobst zu 75 M. der Zentner zum Verkauf. In Gerlingen O.-N. Leonberg wurde das Gemeindefest verweigert, wobei der Str. auf etwa 100 M. kam.

Vermischtes.

Warnung vor Patentwindmühlern. Der Patentwindmühlern beginnt neuerdings wieder aufzuleben. Mit Rücksicht darauf, daß meist wirtschaftlich schwache Leute dem Patentwindmühlern zum Opfer fallen, schenkt die Polizeidirektion Stuttgart den fast nur in der Großstadt erscheinenden zweifelhaften Unternehmungen dieser Art ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie mahnt dringend zur Vorsicht gegenüber unbekanntem Patentbüros, die vielfach unter freisprechenden Bezeichnungen ihre Dienste anbieten, und nimmt nicht nur Strafanzeigen wegen Betrugs, sondern auch Mitteilungen, die ihr die Möglichkeit geben, gegen unzuverlässige Agenten das Ge-

werbeunterstützungsverfahren einzuleiten, dankbar entgegen. Viele solche Büros sind vom Reichspatentamt ausdrücklich von der Vertretungsbefugnis ausgeschlossen, weil sie meist nur des Vorteils wegen, ohne Rücksicht darauf, ob die Anmeldung sich lohnt oder nicht, zur Anmeldung von Erfindungen und Warenzeichen für Inland und Ausland anregen. Auch gegenüber Verwertungsanbietungen und nicht minder gegenüber sog. Erfindervereinen ist Vorsicht geboten. Als Patentanwälte dürfen sich nur die rechtsgelehrtlich zugelassenen, hinsichtlich ihrer Befähigung geprüften Personen bezeichnen. Interessenten, denen eigene Erfahrung abgeht, werden darauf hingewiesen, daß die staatliche Beratungskommission jedermann unentgeltlich Auskunft erteilt. Mündliche Beratungen finden jeden Mittwoch von 3 bis 6 Uhr nachmittags im Erdgeschoss des Landesgewerbemuseums statt.

Für den September

werden Bestellungen auf unfr. Schwarzw. Tageszeitung „Aus den Tannen“ von allen Postanstalten, Postboten, Briefträgern, sowie von den Ausbringern und Agenten unserer Zeitung entgegengenommen.

Letzte Nachrichten.

Offenburg, 1. Sept. Die Staatsanwaltschaft Offenburg hat über die beiden Täter, die den Mord an Erzberger vollzogen, festgestellt, daß sie von Sonntag den 21. Aug. 1921 bis zum Montag, Freitag 26. Aug. 1921, im Hofhaus z. Hütchen in Oppenau unter den offenbar falschen Namen 1. Franz Riese, stud. jur. aus Düsseldorf, 2. Knut Bergen, stud. phil. aus Jena, logiert haben und am 26. August 1921 mit dem 6.45 in Oppenau abgehenden Abendzug mit Fahkart 4. Klasse nach Offenburg in Oppenau abgereist sind.

Berlin, 2. Sept. In Sachen des an dem Reichsminister o. D. Erzberger verübten Mordes hat das Amtsgericht Oberlich in Baden auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Offenburg Haftbefehl gegen Otlwig v. Hirschfeld erlassen. Zugleich hat das Amtsgericht Oberlich das Berliner Polizeipräsidium ersucht, den hier in Haft befindlichen v. Hirschfeld dem Amtsgerichtsgewahrsam in Oberlich zuzuführen. Diesem Ersuchen ist am gestrigen Abend entsprochen worden.

Berlin, 2. Sept. Der Vorstand des Bezirksverbands Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich in einer einstimmig gefaßten Entschliessung gegen das Verbot von Zeitungen auf Grund der allgemeinen Tendenz, die sie vor Inkrafttreten der Verordnung des Reichspräsidenten befolgten, ebenso gegen das Verbot des „Berliner Lokalanzeigers“ und des „Tag“ wegen Wiedergabe einer Auslosung eines verbotenen Blattes.

Berlin, 2. Sept. Wie wir hören, ist das Verbot des „Berliner Lokalanzeigers“ und des „Tag“ durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Halle, 3. Sept. Die „Halle'sche Zeitung“ wurde gestern Nachmittag für die Dauer von 14 Tagen verboten, da sie einen Auszug eines Artikels aus dem „Niesbacher Anzeiger“ gebracht hatte.

Berlin, 3. Sept. Wie die Blätter mitteilen, fand gestern Nachmittag in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth, dem bayerischen Gesandten v. Preger, dem bayerischen Staatssekretär Schwyer und dem Führer der bayerischen Demokraten über die Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern statt. Das Ergebnis der Besprechung wird der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses mitteilen.

Berlin, 2. Sept. (Amtlich.) Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Reichsbegünstigten von Kameraden erteilt.

Berlin, 2. Sept. Nach achtägigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Steuerungsfragen für die in Reichsbetrieben beschäftigten jugendlichen und weiblichen Arbeiter und Lehrlinge wurde heute zwischen den Regierungsvertretern und den beteiligten Gewerkschaften ein Kompromiß erzielt.

Paris, 2. Sept. Im heutigen Ministerrat teilte der Landwirtschaftsminister Lefebvre mit, daß die Getreibeernte dieses Jahres nach den Schätzungen sich auf etwa 87 Millionen Zentner belaufen werde, einschließlich von zwei Millionen Zentnern aus den Departements Ober- und Unterelbe und Mosel. Das stelle einen noch nie dagewesenen Durchschnittsertrag von 16,4 Zentnern pro Hektar dar.

Paris, 2. Sept. Nach einer Gavas Meldung aus Warschau telegraphiert man aus Moskau, daß sich Truppen an die rumänische Front begeben hat.

Berlin, 3. Sept. Zu der Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zum Schutze der Republik hat die sächsische Regierung eine Erklärung erlassen, in der sie Unterstützung der sich daraus ergebenden Maßnahmen für Sachsen zusichert. Das sächsische Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden des Landes angewiesen, auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August bis auf weiteres alle Regimentstafeln zu verbieten.

Berlin, 3. Sept. Blättermeldungen aus München zufolge ist gegen den „Niesbacher Anzeiger“ wegen des am Donnerstag von ihm veröffentlichten Artikels ein Verbot wegen groben Unfugs eingeleitet worden.

Berlin, 3. Sept. Aus München-Gladbach meldet das „Berl. Tageblatt“, daß dort Typhus und Ruhr herrschen. 67 Ruhr- und 52 Typhusfälle sind bereits vorgekommen, 4 mit tödlichem Ausgang.

Wetterwahrung.

Aus Westen zieht ein starker Luftwirbel auf. Am Sonntag und Montag ist vielfach bedecktes, zeitweilig regnerisches und kühleres Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchdruckerei Altensteig
Alle die Schriftleitung verantwortl. G. Walz, Alt.

Ebhanjen.
Fußbälle, Faustbälle
in bekannter Güte.
Einige Divan, Liegesofa, Lehnstühle etc.
nur neue Ware empfiehlt billigst
Johs. Peifle, Sattlermstr.
Ein Paar
neue Wollmatrizen
kann besonderer Umstände halber extra billig abgeben
der Obige.

Ein solcher

Kaminkopf
hilft in allen Fällen bei
Rauchbelästigungen.
Wenden Sie sich bei Bedarf in sämtlichen
Kaminbauspezialartikeln
erstkl. naturroten **Dachziegeln**
und **Mauersteine**
an **Fritz Mössle, Baarstraße 14, Renningen Würt.**
oder an den Bezirksvertreter
Joel Walz, Baumst., Altensteig.


EIN FUNDAMENTALER GRUNDSATZ DER DÜNGERLEHRE
Justus von Liebig sagte:
„Um ein Feld dauernd fruchtbar zu erhalten, müssen die dem Boden durch die Ernte entzogenen mineral. Bestandteile wieder ersetzt werden.“
Jetzt ist es höchste Zeit das zur Düngung notwendige Kali zu bestellen!!!
Ratschläge über Bodenbearbeitung und richtige Düngung erteilt kostenlos die Landwirtschaftliche Auskunftsstelle des Deutschen Kalisyndikats G. m. b. H. Stuttgart, Olgastraße 39a

Schwarz-wild-Berein Altensteig
Tagesausflug
am Sonntag den 4. Sept. nach Hilsen über Martinsmoos - Javelstein Schweinbochtal. Besichtigung der Ruine mit Führungsvortrag. Abmarsch 7 Uhr bei der Kirche, Ankunft 9.30 abends. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
der Vorstand.

Bremer Lloyd
= SHAEG =
vorzüglicher Tabak für große und kleine Pfeifen
100 Gr. 6.- bei
Karl Geußler sen.
Altensteig.

Suche zu kaufen:
Wohnhaus mit oder ohne Garten, gleich welcher Lage, bezugsfertig nicht bebaut.
Offerten erbeten unter Nr. 187 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.



